

06.11.2012 - «Der Krieg gegen die Menschen in Griechenland muss aufhören»

Christos Sideris über die Selbsthilfe im griechischen Gesundheitswesen

Das griechische Gesundheitssystem bricht zusammen. Früher musste man aus privater Tasche etwas zuzahlen, um den Arzt oder das Krankenhauspersonal zu bestechen. Heute ist an die Stelle der Korruption die Privatisierung getreten ? deren legitimes Kind. 2009 zahlte man 3 Euro «Eintrittsgebühr», wenn man eine ambulante Leistung brauchte. Heute wird jede Leistung einzeln abgerechnet: einmal Röntgen kostet 15 Euro, eine einfache Blutuntersuchung 10 Euro. Hat eine Frau Glück und kann ihr Kind auf natürlichem Weg zur Welt bringen, muss sie 1000 Euro zahlen, braucht sie einen Kaiserschnitt werden 1500 Euro fällig. Es gibt sogar Fälle, wo das Neugeborene als Geisel im Krankenhaus behalten wurde, bis die Mutter gezahlt hat. Die privaten Zuzahlungen betragen 10?25%.

Viele Krankenhäuser, Ärzte und Apotheken verlangen mittlerweile Vorkasse auch für solche Leistungen, die von der staatlichen Krankenversicherung gedeckt ist. Diese aber steckt mit 3,7 Mrd. Euro in der Kreide (trotzdem wurde die Sozialversicherung im Mai zum Schuldenschnitt herangezogen und hat dadurch die Hälfte ihres Bestands verloren!). Außerdem will die Regierung im Zuge der Sparmaßnahmen 60 von 137 Kliniken schließen. Dem Bürger bleibt nichts anderes übrig, als in Eigeninitiative zu ersetzen, was der Staat nicht leisten kann.

Selbstverwaltete Gesundheitszentren gibt es jetzt mehrere in Griechenland. Ende September ist eine deutsche Delegation nach Athen gefahren und hat dort das sozial-medizinische Zentrum Helliniko besucht. Paul Kleiser und Paul Michel sprachen dort mit *Christos Sideris* vom sozial-medizinischen Zentrum Helliniko-Argiroupolis (Athen)

Würden Sie kurz Ihr Zentrum vorstellen?

Mein Name ist Christos Sideris. Ich bin einer der Verantwortlichen für die Freiwilligen hier. Das hier ist das sozial-medizinische Zentrum von Helliniko, einer Vorstadt von Athen. Wir bieten kostenlose medizinische Behandlung für die Menschen in der Region Athen, ja für ganz Griechenland. Wir bieten Hilfe für drei verschiedene Gruppen von Menschen: 1. Arbeitslose, 2. arme Menschen, 3. Menschen, die keine Krankenversicherung haben. Aber zunehmend kommen zu uns Menschen, die zwar eine Krankenversicherung haben, aber nicht in der Lage sind, die anfallenden «Nebenkosten» zu bezahlen. In solchen Fällen entscheidet der anwesende Arzt, ob der Patient Hilfe erhält oder nicht.

Warum kommen so viele Hilfesuchende zu Ihnen und wenden sich nicht an staatliche

Krankenhäuser oder eben an Ärzte?

Öffentliche Krankenhäuser geben Menschen ohne Versicherung jetzt keine medizinische Betreuung mehr. Medizinische Betreuung gibt es in solchen Fällen nur noch gegen Bezahlung. Immer mehr Menschen können sich das nicht leisten.

Dieses sozial-medizinische Zentrum ist ein Produkt der sozialen Bewegungen in Griechenland. Können Sie uns etwas über seine Entstehungsgeschichte sagen?

Dieses Zentrum ist ein «Kind» der Proteste auf dem Syntagma-Platz im letzten Jahr. Die Menschen, die an der Entstehung des Zentrums mitwirkten, waren im letzten Jahr unter den Aktiven, als die Proteste auf dem Höhepunkt waren. Wir beschlossen dann, selbst etwas zu unternehmen. Wir begannen im September 2011. Die Idee dazu hatte unser Doktor anlässlich eines Konzerts von Mikis Theodorakis hier in diesem Gebiet. Innerhalb von zweieinhalb Monaten wuchs unsere Gruppe von 5 auf 60 Leute an. Es gelang uns, die Kommunalverwaltung in diesem Bezirk zu gewinnen, seither spielt sie bei der Entwicklung dieses Zentrums eine wichtige Rolle. Ende Dezember 2011 nahmen wir die Arbeit auf. Im Moment arbeiten bei uns mehr als 60 Ärzte und Therapeuten unentgeltlich mit. Alle Dienste, die wir anbieten, sind kostenlos und alle Mitarbeiter arbeiten unentgeltlich, also ohne Bezahlung.

Wie habt ihr es geschafft, die Unterstützung der lokalen Bezirksverwaltung zu gewinnen?

Wir haben sie gefragt. Wir haben ihnen unsere Vorstellungen dargelegt, und sie fanden das gut. Sie haben uns dieses Gebäude hier angeboten [ein Gebäude auf dem Gelände des alten Flughafens von Athen, wo auch das Europäische Sozialforum 2006 stattgefunden hat] und übernahmen die rund um das Gebäude anfallenden Kosten. Als wir begannen, arbeiteten wir nur in drei Räumen. Aber es stellte sich schnell heraus, dass wir mehr Räume brauchen. Jetzt sind die Räumlichkeiten hier schon fast zu klein für uns.

Sie haben uns vorhin erzählt, dass sich das Gebäude auf dem Territorium der früheren amerikanischen Luftwaffenbasis befindet und dieses Gelände jetzt im Rahmen der Privatisierungskampagne der Troika an Investoren verkauft werden soll.

Die Troika verlangt von der griechischen Regierung, dass sie im großen Stil öffentliches Eigentum verkauft. Die alte US-Luftwaffenbasis ist eines dieser öffentlichen Gelände. Es ist ein riesiges Gebiet, das 5500 Acres (22 qkm) umfasst. Es ist sehr viel wert (Milliarden Euro). Sie sind jetzt dabei, Investoren zu suchen, die das Land kaufen. Aber das Land wird bereits von Menschen genutzt. Und die örtliche Kommunalverwaltung versucht, hier noch mehr sozial nützliche Projekte anzusiedeln. Das Problem ist, dass die griechische

Regierung dieses Land, das wie gesagt sehr wertvoll ist, zum Schleuderpreis verhökern will. Das werden wir nicht zulassen.

«Ärzte der Welt» betreibt in der Nähe vom Omonia-Platz eine Notklinik. Wie ist euer Verhältnis dazu?

«Ärzte der Welt» sind eine Nichtregierungsorganisation, sie verfügen über sehr viel Erfahrung. Wir sind mit ihnen in Kontakt und haben von ihnen auch sehr nützliche Ratschläge bekommen. Wir unterstützen sie unsererseits, indem wir ihnen Medikamente aus unserem Bestand zukommen lassen. Denn wir haben momentan mehr Medikamente als wir einsetzen müssen. Wir unterstützen damit übrigens auch öffentliche Krankenhäuser. Die Zusammenarbeit mit anderen Initiativen, die in diesem Bereich arbeiten, ist für uns wichtig. Denn die Zusammenarbeit macht uns stärker.

Ihr braucht ja auch die Zusammenarbeit mit öffentlichen Krankenhäusern. Hier in diesen Räumlichkeiten könnt ihr doch keine Operationen durchführen.

Ja, und umgekehrt bieten uns andere Organisationen ihre Unterstützung an. Wir können Bluttests anbieten, weil andere Organisationen für uns die Kosten übernehmen. Und wir sind in einigen Fällen auch in der Lage, einige unserer Patienten in privaten Krankenhäusern unterzubringen.

Wie kommt es, dass Sie als kleine Einrichtung öffentliche Krankenhäuser mit Medikamenten unterstützen?

Wir bekommen durch Spenden von gewissen Medikamenten mehr als wir brauchen, und wir wollen das nicht einfach hier herumliegen lassen. Deshalb bieten wir sie Krankenhäusern an. Als wir damit anfangen, wussten wir nicht, dass sie ernsthaft Mangel daran hatten. Es gab keinen öffentlichen Hilferuf seitens der Krankenhausleitungen. Der Mangel sollte nach Möglichkeit nicht öffentlich werden, ein Krankenhausmanager, der das tut, riskiert seinen Job zu verlieren.

Im Moment arbeiten wir mit zwei Krankenhäusern zusammen. Eines ist eine Krebsklinik mit dem Namen Metaxas. Ihnen lassen wir ein Medikament zukommen, das der Krebstherapie dient. Letzte Woche gab es einen Fall, wo ein Patient ohne unsere Unterstützung das Hospital ohne dieses Medikament hätte verlassen müssen. Vor zwei Monaten hatten wir zwei behinderte Patienten, die zwei Jahre lang das Haus nicht verlassen konnten, weil sie nicht das Geld hatten, sich einen Rollstuhl zu kaufen. Wir machten einen öffentlichen Aufruf, und bekamen zwei Rollstühle gespendet.

Sie haben erklärt, dass im Bereich der medizinischen Versorgung die staatlichen

Strukturen zusammenbrechen und gewissermaßen durch Strukturen der Selbstorganisation ersetzt werden. Können Sie uns ein paar weitere Beispiele geben?
Dazu gibt es eine wichtige Anmerkung. Wir wollen nicht an die Stelle des öffentlichen Gesundheitssystems treten, das ist nicht unser Ziel. Wir treten für ein funktionsfähiges öffentliches Gesundheitssystem ein. Wir wollen, dass die Menschen auf eigenen Füßen stehen können. Was passiert ist doch Folgendes: Sie saugen wie Vampire das Blut aus unseren Leuten heraus. Deshalb sind sie auch in einigen Monaten vielleicht nicht mehr in der Lage, Widerstand zu leisten. Wir haben nicht die Mittel, um die Masse der Bevölkerung angemessen mit medizinischen Dienstleistungen zu versorgen.

Wer sind die Menschen, die hilfesuchend zu Ihnen kommen? Sind es größtenteils Immigranten? Sind es ganz «normale» alteingesessene Griechen?
Wir machen da keine Unterschiede. Aber wohl 70% unserer Patienten sind «eingeborene» Griechen und 30% Immigranten.

Was können wir aus den europäischen Kernländern für euch tun?

Das Wichtigste, was ihr tun könnt, ist, auf eure Regierungen Druck auszuüben, damit dieser Wirtschaftskrieg gegen die Menschen in Griechenland aufhört. Natürlich haben wir Griechen Fehler gemacht. Aber wenn wir auf die Vorgeschichte der Krise schauen, so sehen wir, dass auch die Geldgeber sehr wohl wussten, was sie taten. Sie gaben der griechischen Regierung Geld, obwohl sie genau wissen konnten, dass die griechische Regierung nicht anständig mit dem Geld umgeht. Es gibt da eine Analogie zum Verhalten der Konquistadoren in Südamerika.

Für mich gilt: Menschen müssen Vorrang vor Geld haben! Es geht um ganz grundlegende Dinge: Gesundheit, Schule. Wenn die Regierungen der EU wirklich ein Interesse an dem hätten, was hier passiert, würden sie keine Haushaltskürzungen durchziehen. Natürlich muss man genau prüfen, wohin das Geld fließt. Aber es gibt einen Unterschied zwischen einer solchen Kontrolle und den Kürzungen, die jetzt passieren. Jetzt wird den Patienten die Behandlung verwehrt, weil sie kein Geld haben, um die nötigen Medikamente zu bezahlen.

Und noch eine letzte Bemerkung: Dieselben Politiker, die uns diese Situation gebracht haben, sollen nun die Lösung bringen. Bisher wurde noch keine Politiker wegen Korruption zur Rechenschaft gezogen. Gleichzeitig verlangen sie, dass die einfachen Menschen bluten sollen. Wir müssen auf all die Politiker Druck ausüben, dass sie damit aufhören.

Kontakt: christos.sideris@gmail.com



Sozialistische Zeitung

Regentenstr. 57–59 · D-51063 Köln
Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax (02 21) 9 23 11 97
redaktion@soz-verlag.de · www.sozone.de